Fraktion DIE LINKE.Erkrath

Michaele Gincel-Reinhardt
Markus Lenk

c/o Markus Lenk
Hochdahler Markt 67
40699 Erkrath

+49 (0)163 3035915

fraktion@dielinke-erkrath.de

Fraktion DIE LINKE.Erkrath, c/o Markus Lenk, Hochdahler Markt 67,40699 Erkrath

Erkrath, den 23.02.2023

HAUSHALTSREDE 2023, MICHAELE GINCEL-REINHARDT

Wer keine Kraft zum Traum hat, hat keine Kraft zum Leben (Ernst Toller)

Am Ende der letzten HFA-Sitzung haben Sie, sehr geehrter Herr BM Schultz gesagt, dass Erkrath eine lebenswerte Stadt bleiben muss. Dieser Aussage stimme ich vollumfänglich zu. Aber, welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit alle Bürgerinnen und Bürger unsere Stadt als lebenswert empfinden, damit die Menschen gern in dieser Stadt leben und arbeiten wollen?

Ich nenne einige für sehr viele Menschen wirklich wichtige Faktoren:

- Eine ausreichende Zahl an Wohnungen mit bezahlbaren Mieten,
- genügend Kinderbetreuungsplätze in Kitas und in der Kindertagespflege gemäß dem gesetzlichen Anspruch,
- gute Schulen – modern ausgestattet, gut erreichbar und - bitteschön - auch mit ordentlichen Toiletten,
- Treffpunkte für Jugendliche, (auch außerhalb der Jugendcafés), warum nicht selbstverwaltet?
- ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr mit ausreichenden Kapazitäten zu den Stoßzeiten,
- für die Freizeitgestaltung geförderte örtliche Kultur- und Sportangebote, ein reges, buntes Vereinsleben,
- vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, lebendige Quartiere,
- ein gepflegter öffentlicher Raum, der gern von unseren Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, auch nach Ladenschluss,

- eine intakte Umwelt, deren Wert erkannt und die umfassend geschützt wird.
- Keine Angsträume, nirgendwo

Um dieses Idealbild zu erreichen, bedarf es noch erheblicher Anstrengungen. In einem dreijährigen Prozess, von 2013 – 2015, wurde ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet, welches viele dieser Voraussetzungen aufgegriffen und Lösungsvorschläge beschrieben hat.

Was ist seitdem umgesetzt worden?

Wenn in Erkrath vor jeder offenen, nicht erledigten Aufgabe ein Baustellenschild stehen würde, dann müssten wir tagtäglich durch einen Schilderwald laufen. Überfällig sind seit langem die Ertüchtigung der Straßen und Fahrradwege, die Renovierung von Schultoiletten, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude (Photovoltaik), ……eine Liste, die beliebig fortgesetzt werden kann.

Wir alle reden heute über den Haushalt und damit über die nähere Zukunft unserer Stadt. Wer soll das bezahlen?

Sicher gibt es eine Reihe von schwerwiegenden Faktoren, die wir alle nicht beeinflussen konnten bzw. können, die aber immense Kosten verursachen: die Coronapandemie, das Hochwasser, die Aufnahme von Geflüchteten, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Die dadurch entstehende nachhaltig schlechte finanzielle Situation der Kommunen allgemein, aber auch von Erkrath wird durch die „legalen“ Schattenhaushalte zu Corona und zum Krieg nur verschleiert.

Unstrittig ist, dass Aufgaben den städtischen Haushalt belasten, die uns vom Bund oder vom Land aufoktroyiert werden, die diese aber nicht oder nur teilweise bezahlen, z.B. der Anspruch auf einen Kita-Platz oder der Anspruch ab 2026/27 auf einen Platz in der OGS.

Wenn das Land für die Schulpolitik zuständig ist, warum müssen die Kommunen dann die Schulen bauen und unterhalten? Damit werden die Städte und Gemeinden seit Jahren alleine gelassen.

Wir Linke begrüßen alle Investitionen in Schulen. Wer ökonomisch und ökologisch mit unseren Schulen umgehen will, muss aber zuerst über Sanierung statt Neubau nachdenken.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn jetzt urplötzlich – nach mehr als 10 Jahren – nach Lösungen für die GGS Erkrath gesucht wird und es auch in Betracht gezogen wird, dass die bestehenden Gebäude saniert werden. Ich frage sie, warum wird nicht auch – wie jetzt für das Schulzentrum Rankestraße vorgeschlagen, beim Gymnasium am Neandertal eine Renovierung des Bestandsgebäudes in Betracht gezogen? Eine nachhaltige Sanierung (Energetisch, Raumkonzept) ist

im Bestand möglich und sinnvoll, auch mit einem zeitgemäßen Architekturergebnis und vertretbaren Kosten. Es wurde immer behauptet, dass dies teurer sei als ein Neubau. Sagen wir es deutlich: die vorgelegten Zahlen sind unehrlich und nicht nachvollziehbar. Unser aller Handeln darf nicht dazu führen, dass nur Partikularinteressen im Mittelpunkt stehen.

Das weltweit agierende Unternehmen PWC wurde für 100.000,00 € damit beauftragt, Vorschläge für ein freiwilliges Haushaltsicherungskonzept zu erarbeiten. Dieses Unternehmen hat dann feststellt, dass der einzig wirksame Hebel für einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt eine kritische Betrachtung der drei geplanten Großprojekte ist. Wenn dem nun nicht gefolgt wird, dann sind nicht nur die 100.000,00 € vergeudetes Geld. Ein Stadtrat handelt mit Blick auf die kommenden Generationen fahrlässig, wenn einerseits mit vollen Händen das Geld ausgeben wird und andererseits die Bürgerinnen und Bürger, gerade in der jetzigen Situation mit hoher Inflation und ständig steigenden Preisen, zusätzlich mit einer Erhöhung der Grundsteuer um über 25 % belastet werden sollen.

Auch wenn wir als Linke die Beauftragung von PWC kritisch gesehen und abgelehnt haben – das vorgelegte Ergebnis hat uns recht gegeben So empfehlen wir doch ihrem Vorschlag zu folgen und wenigstens eins der drei Großprojekte auf den Prüfstand zu stellen.

Der Rat der Stadt muss klug entscheiden, was realistisch gesehen zu stemmen ist, sei es finanziell wie auch personell. Wir als Linke nehmen zur Kenntnis, dass immer wieder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Stadt verlassen, oft auch in Richtung der Nachbarstädte. Wir alle müssen nach den Ursachen fragen: Ist es wirklich nur der Verdienst oder ist auch die immens hohe Arbeitsbelastung mitentscheidend.

Wir leben tatsächlich nicht in Zeiten von „Wünsch Dir was!“, sondern müssen anerkennen, dass wir alle mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen, sowohl mit den bei der Stadt beschäftigten Menschen wie auch mit den Finanzmitteln gewissenhaft umgehen.

Keine glückliche Hand hat die Stadt mit ihren Großprojekten. Wenn jetzt auf dem Clever Feld nach Jahren die ersten Maßnahmen zum Bau der neuen Feuerwache sichtbar werden, hat nicht zuletzt die teilweise selbstverschuldete Verzögerung und mache zusätzliche Begehrlichkeit zu erheblichen Kostenerhöhungen geführt. Ähnlich die Situation beim Schulprojekt Campus Sandheide: Planerwechsel, Verzögerung, Kostensteigerung – innerhalb von 4 Jahren eine Verdoppelung. Und jetzt ein Prestigeprojekt: der Neubau des Gymnasiums am Neandertal. Hier liegen die plausiblen Kostenschätzungen zwischenzeitlich bei über 100 Mio. Euro. Sanierungskosten für die Realschule sind nicht einmal angedacht.

Die Leistungsfähigkeit der Kommune wird hiermit neben den weiteren aus dem finanziellen Ruder laufenden Großprojekten der Stadt eindeutig überfordert.

Daher sagt die LINKE: Die vertretbare Verschiebung dieses Großprojektes jetzt ist sinnvoll und zwingend; der erreichte Planungsstand und damit wesentliche bisher entstandene Kosten sind weiter nutzbar.

Wenn gefragt wird „Wer soll das bezahlen“ müssen wir anders herum fragen: „Wer kann das bezahlen?“ Sicher nicht die Mehrzahl unserer Bürgerinnen und Bürger, die nach Inflation, Vervielfachung der Energiekosten, Mieterhöhungen nun auch noch höhere Grundsteuern zahlen sollen – neben den durch die Mehrheitsparteien geplanten Erhöhungen bei den Kosten für Weiterbildung (VHS, Bücherei), Kultur, Beerdigungen oder der Hundesteuer.

Die Antwort sollte doch sein „Bezahlen sollen diejenigen, die das können“. Seit Jahren fordert die Linke die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer zu Werten wie zu Zeiten der Kohlregierung, statt die Menschen, die in finanziell prekären Verhältnissen leben müssen, zusätzlich zu belasten. Hier benannt seien Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Erwerbslose, Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Mit der Vermögenssteuer würden die 5% der Top Verdiener bezahlen, die selbst jetzt in den Krisen noch hohe Gewinne machen.

Und wenn jetzt hier im Rat eine Mehrheit die Erhöhung der Grundsteuer befürwortet: Es stößt auf unser Unverständnis, dass nicht gleichzeitig auch über eine Anpassung der Gewerbesteuer nachgedacht wird. Auch hier: Gewerbesteuer wird aus Gewinnen gezahlt. Wer Verluste macht, zahlt nichts. Wer kein Einkommen hat, zahlt nichts. Das wäre – anders als bei der Grundsteuer – wenigstens ein Verteilen auf Schultern, die es tragen können.

Wie auch immer die Ratsmehrheit heute entscheidet, alle Gemeinden werden in den nächsten Jahren ins Straucheln kommen. Erkrath ist da keine Ausnahme. Machen wir deshalb bei dem Notwendigen das Richtige. Und machen wir es nach unseren ehrlichen Möglichkeiten.

„Das Gemeinwesen braucht starke Schultern, die es tragen. Aber wir dürfen die Bürger auch nicht überfordern. Der Staat muss wie ein ehrlicher Kaufmann wirtschaften und mit dem Geld der Bürger sorgsam umgehen.“
Ich wiederhole: „Das Gemeinwesen braucht starke Schultern, die es tragen. Aber wir dürfen die Bürger auch nicht überfordern. Der Staat muss wie ein ehrlicher Kaufmann wirtschaften und mit dem Geld der Bürger sorgsam umgehen.“
Wenn diese These zutrifft und ehrlich gemeint ist, sollten wir ihr folgen. Sie steht übrigens nicht bei Karl Marx, sie steht im Kommunalwahlprogramm der Erkrather CDU von 2020.

Und mit Blick auf die SPD:

Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Vermächtnis. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun. (Johannes Rau)

Zusammenfassend: "Grundlegend müssen wir als Linke feststellen, dass der vorgelegte Haushalt nicht zu einer lebenswerteren Stadt führt. Im Gegenteil: Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt werden ohne Not mit einer schweren finanziellen Hypothek belastet. Ohne Not, weil hier politisch das "verführerisch Neue" vor das "Vernünftige" gestellt wird. Für unsere Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen - die Mehrheit in der Stadt - macht dieser Haushalt das Leben nicht besser sondern nur teurer."

Wir als Linke verweigern diesem Haushalt unsere Zustimmung, weil er insbesondere unsolidarisch über die Grundsteuer auch kleine und mittlere Einkommen belastet. Die Grundsteuer ist eine Steuer, die – anders als Einkommensteuer – nicht nach den finanziellen Möglichkeiten berechnet wird, sondern besonders über die Mieten Arbeiterhaushalte, Geringverdiener und Arme trifft. Und wir verweigern diesem Haushalt unsere Zustimmung, weil er mit seinen Folgen durch drei Großprojekte für Jahre die Kommune finanziell überfordern wird und keine Spielräume mehr lässt für die notwendigen substanzsichernden, nachhaltigen und ökologisch überfälligen Investitionen in unserer Stadt, die Erkrath erst wirklich lebens- und liebenswert erhalten.

ZUR ERINNERUNG: HAUSHALTSTHESEN DER CDU *(Wahlprogramm 2020)*

Das Gemeinwesen braucht starke Schultern, die es tragen. Aber wir dürfen die Bürger auch nicht überfordern. Der Staat muss wie ein ehrlicher Kaufmann wirtschaften und mit dem Geld der Bürger sorgsam umgehen.
■ Schulden belasten unsere Kinder und Kindeskinder. Daher ist Schuldenmachen höchst unsozial. Wir wollen – auch nach der Corona-Krise – schnellstmöglich zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen und perspektivisch zu Überschüssen.
■ Die Steuerlast für Bürger und Unternehmen ist heute schon hoch. Wir wollen die Steuern keinesfalls erhöhen und – wenn möglich – auch mal senken. Wir erhöhen Gebühren regelmäßig nur moderat in Anlehnung an die Inflationsrate (anstatt deutlich alle paar Jahre).